

# Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 7

Köln, den 17. Februar 1933

34. Jahrg.

## Zur Betriebsrätewahl 1933.

Nach zweijähriger Pause werden in den kommenden Wochen die Neuwahlen zu den Betriebsvertretungen in den meisten deutschen Betrieben getätigt.

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften ruft die christlich-nationale Arbeiterschaft auf, diese wirtschaftlich und gewerkschaftlich besonders wichtigen Wahlen sowohl mit der gebotenen und für den Gewerkschaftler selbstverständlichen Sorgfalt als auch mit dem notwendigen Eifer vorzubereiten und durchzuführen.

## Kampf den Schädlingen des Betriebsrätgedankens!

Die Radikalen links und rechts wollen die Betriebsräte zum Schauplatz ihrer parteipolitischen Kämpfe benutzen. Die Betriebsvertretungen sind Organe der Wirtschaftsverfassung. Ihre von den Kommunisten und Nationalsozialisten erstrebte Politisierung zerstört die schwer erworbenen Mitbestimmungsrechte der deutschen Arbeiterschaft. Sie gefährdet weitgehend das kollektive Arbeitsrecht. Nicht politischen Hader und parteipolitische Kämpfe und Auseinandersetzungen, sondern sorgfältige Erfüllung der für die Arbeiterschaft lebenswichtigen sachlichen Aufgaben der Betriebsräte sind nötig.

Den Gelben, den Anhängern der fälschlich als Gewerkschaftserzatz angepriesenen Stahlhelmselbsthilfe oder ähnlichen gewerkschaftsfeindlichen Einrichtungen ist mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Auch sie denken ernstlich nicht daran, die schwere Verantwortung eines Betriebsratsmitgliedes zum Segen ihrer Arbeitskollegen im Betrieb zu tragen. Für sie ist der Betriebsrat das Experimentierfeld zur Erfüllung werksgemeinschaftlicher Arbeitgeberwünsche. Für sie bildet die Wahl den willkommenen Anlaß, die bewährte gewerkschaftliche Betriebsrätearbeit zu stören und zu schwächen. Kämpft gegen diese Gewerkschaftsgegner!

Doraussetzung für eine erfolgreiche Interessenvertretung durch die Betriebsräte bleibt eine gewerkschaftlich gut organisierte und geschulte Belegschaft. Ohne gewerkschaftliche Rückenbedeckung wird der Betriebsrat Spielball der Betriebsleitung. Sorgt deshalb für Aufklärung unter den Unorganisierten. Unorganisierte mindern den Erfolg der gewerkschaftlich geschulten Betriebsvertretungsmitglieder. Sie gefährden die sozialen Rechte der deutschen Arbeiterschaft.

Die Betriebsvertretungen dienen der Wahrnehmung der Arbeiterinteressen gegenüber dem Arbeitgeber und der Erfüllung der Betriebszwecke, ihre Wahl aber sichert auch den Belegschaftsmitgliedern den erweiterten sozialen Schutz, den das Gesetz gibt. Deshalb verzichtet die landesbewußte Arbeiterschaft nicht auf ihr Wahlrecht.

## Wahlrecht ist Wahlpflicht!

Sorgt, daß kein Betrieb ohne Betriebsvertretung bleibt.

Die christlich-nationale Arbeiterschaft wird den Wahlkampf für die Reinhaltung des Betriebsrätgedankens, für die Sicherung und Erweiterung der Mitbestimmungsrechte führen.

Der Wahlkampf ist in die Hände unserer Mitglieder gelegt! Ihre bisher bewährte opferfreudige Gewerkschaftsarbeit wird den Erfolg sichern.

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

## Wählt Betriebsräte.

In den nächsten Wochen sind die Neuwahlen der Betriebsräte vorzunehmen. Die jetzt ablaufende zweijährige Amtsdauer ist auf Grund der Notverordnung vom Dezember 1931, durch die die Regierung ermächtigt wurde, die Wahlen nach dem Betriebsrätengesetz um einen Zeitraum bis zu einem Jahre zu verlängern, durch besondere Verordnung herbeigeführt worden, ohne daß bisher eine entsprechende Änderung des Gesetzes selbst vorgenommen worden wäre.

Im Gesetz selbst ist die Dauer des Betriebsratsamtes auf ein Jahr beschränkt. Seit langem haben wir die Forderung vertreten, die Amtsdauer der Betriebsräte auf zwei Jahre auszudehnen und für diese Forderung sehr triftige Gründe ins Feld geführt. Die wichtigsten Gründe dafür gipfeln in der Tatsache, daß die den Betriebsräten gestellten Aufgaben so vielseitig und verantwortungsvoll sind, daß ihre Erfüllung die Sammlung von Kenntnissen und Erfahrungen unbedingt voraussetzt, für die bei nur einjähriger Amtsdauer ein erheblicher Teil dieser Zeit in Anspruch genommen wird.

Für die ersprießliche Tätigkeit der Betriebsräte verbleibt dann eine nur geringe Zeit, die auch noch teilweise für Wahlvorbereitungen verlorengeht. Angesichts des für die praktische Tätigkeit verbleibenden geringen Zeitraumes und der durch die sich jährlich wiederholende Wahl in den Belegschaften hervorgerufenen Beunruhigungen ist die Forderung nach zweijähriger Amtsdauer sicher ausreichend begründet.

Die Wirtschaftskrise und die durch sie bedingten betrieblichen Schwierigkeiten haben den Wert des Betriebsrätengesetzes der Arbeiterschaft besonders deutlich gemacht. Bei Entlassungen, Arbeitszeiteinschränkungen, Tariffstreitigkeiten und Lohndifferenzen haben die Betriebsräte eine außerordentliche Fülle von Aufgaben bewältigen müssen und diese Aufgaben auch dank der gewerkschaftlichen Schulung erfüllen können. Sie sind durch diese Aufgaben geistig gewachsen und haben sich infolge der längeren Amtsdauer gründlicher in die einschlägigen Sachgebiete eingearbeitet. Ihre Erfolge sind

Erfolge der organisierten Arbeiterschaft und kommen den Belegschaften restlos zugute.

Im Betriebsrätegesetz ist die Aufgabe der Betriebsräte nur kurz umschrieben. Der § 1 des BRG. sagt:

„Zur Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellten) dem Arbeitgeber gegenüber und zur Unterstützung des Arbeitgebers in der Erfüllung der Betriebszwecke sind in allen Betrieben, die in der Regel mindestens zwanzig Arbeiter beschäftigen, Betriebsräte zu errichten.“

Hinter dieser knappen Formulierung wird selten ein so wichtiges Gesetz vermutet, und die große sozialpolitische Bedeutung der Betriebsräte findet darin einen nur kümmerlichen Ausdruck. Tatsächlich sind die Betriebsräte die Urzelle der Wirtschaftsdemokratie und trotz aller im Gesetzestext vorhandener Lücken und Mängel darf die kollektiv rechtliche Bedeutung der Betriebsräte nicht unterschätzt werden. Das soziale und materielle Wohl der Belegschaften ist ihren Händen anvertraut. Nur derjenige, der um die vielen Schwierigkeiten und Differenzen weiß, die dem modernen Arbeitsvertrag auf Schritt und Tritt Fußangeln und Fallgruben bereiten, kann der Betriebsrätetätigkeit gerechte Würdigung widerfahren lassen.

Anerkennung wird der oft schwierigen Arbeit der Betriebsräte nicht immer zuteil. Daß die Unternehmer von der Existenz der Betriebsräte nicht sonderlich erbaut sind, bedarf kaum einer Erklärung. Bedeutet doch der Betriebsrat gegenüber dem rücksichtslosen Unternehmerwillen im Betriebe, gegenüber dem bekannten Herrn-im-Hause-Standpunkt eine lästige Hemmung, deren Beseitigung man in dem Lager jedenfalls mit größter Genugtuung begrüßen würde. Bestrebungen nach dieser Richtung hin sind so alt, wie das Betriebsrätegesetz selbst. Obwohl die Betriebsräte nicht berufen sind, einseitig Arbeiterinteressen wahrzunehmen, sondern „zur Unterstützung des Arbeitgebers zur Erfüllung der Betriebszwecke tätig sein sollen“, sind die Fälle äußerst selten, wo Unternehmer zur Erfüllung dieser Aufgabe die notwendigen Voraussetzungen geschaffen hätten. Besser als alles andere beweist die hier vom Unternehmerum geübte passive Haltung, die große Abneigung gegen die Einrichtung der Betriebsräte. Wenn trotzdem die Betriebsräte an der Erfüllung ihrer Aufgabe nicht verzweifeln, dann bedeutet ihre Tätigkeit ein hohes Opfer zum Besten der deutschen Wirtschaft.

Die einsichtige, vor allem die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft hat der Tätigkeit der Betriebsräte immer gerechte Würdigung und ein hohes Maß von Vertrauen angedeihen lassen. Das kann man von Unorganisierten, von politisch stark beeinflussten Splittergruppen nicht behaupten. Im Gegenteil haben letztere die Tätigkeit der Betriebsräte oft mit einer Schärfe kritisiert, die gegenüber anderen Vorkommnissen angebracht gewesen wäre. Es kommt jedoch den so gearteten Kritikern und Gegnern der Betriebsräte weniger auf die Herbeiführung von Verbesserungen an, als vielmehr auf die Politisierung der Betriebsräte. Man möchte gar zu gerne die Betriebsräte selbst erobern und sie als Instrumente für politische Ziele und Absichten ausnützen. Welche Gefahren dadurch dem Betriebsrätegedanken erwachsen, kümmert die politischen Radikalisten nicht. Die Politisierung der Betriebsräte muß das Ende erspriechlicher sozialer Arbeit für die Belegschaft bedeuten, muß zum mindesten zu einer Diskreditierung der Betriebsrätetätigkeit führen. Die ersten Ansätze einer Wirtschaftsdemokratie, die wir im Betriebsrätegesetz zu erblicken haben, werden dabei zum Teufel gehen und Fortschritte auf diesem Gebiete für die ersten Jahrzehnte so gut wie ausgeschlossen sein.

Nun steht die Arbeiterschaft vor diesen Neuwahlen. Im Vergleich zu früher wird dieser Wahlkampf von größerer Bedeutung sein. Es ist nicht nur ein Ringen um Stimmengewinn, um den zahlenmäßigen Organisationserfolg, es geht in dieser Betriebsrätewahl grundsätzlich um Sinn und vielleicht um Bestand des Betriebsrätewesens. Der politische Kurs der letzten Wochen läßt die allergrößten Bedenken berechtigt erscheinen. Die Betriebsräte werden nur bei Fortbestand der Koalitionsfreiheit, der Unabhängigkeit des Tarifvertrages und weiterer sozial- und arbeitsrechtlicher Voraussetzungen die ihnen auferlegte Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Arbeitsdisziplin tragen können. Ein Verlust des Betriebsräte-rechtes dürfte offenbar machen, welche Stütze der Arbeitsverfassung die Betriebsräte darstellen. Für die Erhaltung des wirtschaftlichen Charakters der Betriebsräte führen wir also diesen Wahlkampf.

Darum sind alle Versuche, die Betriebsräte dieses Charakters zu entkleiden und sie zu politisieren, entschieden zu bekämpfen. Versuche nach dieser Richtung können nur von Schädlingen der Arbeiterinteressen unternommen werden und sind darum auch als solche zu

behandeln. Verrat an Arbeiterinteressen ist die größte Sünde gegen die heute mehr als je notwendige Solidarität. Solidarität übt und den wirklichen Arbeiterinteressen dient nur, wer sich mit uns gegen die Politisierung der Betriebsräte zur Wehr setzt. Wer ehrlich den sozialen Aufstieg der Arbeiterschaft will, kämpft wie wir für die Reinhaltung des Betriebsrätegedankens. Jede Stimme bei der Betriebsrätewahl gehört der christlich-nationalen Gewerkschaftsliste. Wahlrecht ist Wahlpflicht.

## Einheitlicher Termin für die Betriebsräte-wahlen in Rheinland und Westfalen.

Aus Anlaß der diesjährigen Betriebsräte-wahlen wenden sich die für Rheinland und Westfalen zuständigen Bezirksorganisationen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (freie Gewerkschaften), des Deutschen Gewerkschaftsbundes (Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften und Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften) und des Gewerkschaftsringes der deutschen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände (Hirsch-Duncker'sche Gewerkschaften) mit

folgendem Aufruf

an ihre Mitglieder:

In Anbetracht des überaus harten Kampfes, den die Arbeiterschaft in der schweren Wirtschaftskrise um ihre Selbstbehauptung führen muß, ist den diesjährigen Betriebsratswahlen die größte Bedeutung beizumessen. Um eine ordnungsgemäße Durchführung der Betriebsratswahlen und der Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat sicherzustellen, haben sich die drei Gewerkschaftsrichtungen wie bereits bei früheren Wahlen auch für die diesjährigen Betriebsratswahlen auf einen einheitlichen Wahltermin verständigt. Der getroffenen Vereinbarung entsprechend sollen die diesjährigen Betriebsratswahlen in Rheinland und Westfalen einheitlich in allen Betrieben in der Zeit vom 20. bis 31. März 1933 durchgeführt werden.

## Agarpolitik und Osthilfe.

Der Schutz der Landwirtschaft wurde von den christlichen Gewerkschaften stets bejaht. Wenn aber dieser Schutz Formen annimmt, die zu einer drückenden Belastung der breiten Volksschichten geworden sind, dann müssen wir pflichtgemäß Einspruch erheben und entsprechende Kursänderungen fordern. In diesem Sinne haben wir im Verlauf der letzten Jahre oft genug unserer Meinung Ausdruck verliehen.

Trotz aller Maßnahmen für die Landwirtschaft, die sich unter dem „System“ eines weit größeren Schutzes erfreute als jemals, ist die Sprache der Führer und Presseorgane auf einen äußerst radikalen Ton gestimmt. Was ist nicht alles in den letzten 3 bis 4 Jahren für den preußisch-östlichen Großgrundbesitz geschehen? — Die Zölle sind teilweise bis zum Fünffachen des Vorkriegsstandes erhöht, die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte wurde durch staatliche Maßnahmen verhindert. Verständnis für die Schwierigkeiten und Notwendigkeiten der Staatspolitik bringt trotz alledem die Großlandwirtschaft und ihre Führer nicht auf. Immer noch gilt bei ihnen der Satz: Unser König absolut, wenn er unsern Willen tut. Nur daß statt des Wortes König der Staat an dieser Stelle steht. Den Intrigen dieser Junkerkaste ist schon manche Regierung zum Opfer gefallen, eben weil sie nicht bereit war, überspannte Forderungen zu erfüllen, oder Maßnahmen im volkspolitischen Interesse für erforderlich hielt, die nicht den Beifall dieser Freunde fanden.

Nicht Staatsgefinnung, nicht der Wille zur Gemeinschaft aller ehrlichen Deutschen befeelt dieses Ostelbierum, sondern brutaler Egoismus. Auf diesem Boden wächst die Sumpflüthe der Korruption, gegen die Schieberkandale der letzten Jahre fast wie Bagatellen anmuten. Aus den zur Sanierung der ostdeutschen Landwirtschaft bereitgestellten Beträgen, die insgesamt mehrere hundert Millionen Reichsmark betragen, sind ganz erhebliche Beträge widerrechtlich verwandt worden. Verwandt worden für die Großen, während der kleine und mittlere Bauer, der Hilfe am notwendigsten hätte, leer ausgegangen ist. Kollege Erling, unsern Mitgliedern kein Unbekannter, hat im Reichstagsausschuß diesen Skandal aufgedeckt und die leider nicht abgeschlossene Untersuchung hat eine Reihe unerhörter Vorgänge ans Licht gebracht. Hier einige Fälle.

Graf von Kenjerling-Saferhausen, Kreis Striegau, hat in zwei Jahren fast 700 000 RM Schulden gemacht, zieht seit drei Jahren seine Gläubiger hin, aber Zwangsversteigerungen werden verhindert. Von wem? Das sagt uns am besten die Osthilfe.

Graf von Saurma-Hoym-Dyhrenfurth bekam Osthilfsgelder, obwohl er bereits mehrfach gepfändet war, und kaufte sich im Sicherungsverfahren ein neues Auto.

Prinz Ulrich von Schönburg-Waldenberg verlangt zunächst Umschuldung, bevor er Siedlungsland abgeben will, und fordert einen Preis von 200 RM pro Morgen. Die Gesamtschulden betragen 2 300 000 RM, darunter befinden sich 192 000 RM Grunderwerbssteuer, 186 000 RM Einkommensteuernachzahlungen sowie eine Schuldhypothek von 60 000 RM. Obwohl sich der Prinz im Sicherungsverfahren befindet, sozusagen von öffentlichen Geldern lebt, hat er noch weitere Gemeindeforderungen zugepackt. Versuche, die gepfändeten Grundstücksobjekte zu besichtigen, scheitern an dem Widerstand des Prinzen, der übrigens nebenbei noch über Glasfabriken und Braunkohlenwerke verfügt.

Sehr delikate Fragen tauchten im Reichstagsausschuß auf über die Umschuldung des Herrn v. Oldenburg-Januschau. Beantwortet ist bis heute nicht die Frage, ob dieser Junker allein 621 000 RM erhalten hat, von denen 400 000 RM schon ausgezahlt sein sollen. Klarheit ist ebensowenig geschaffen in der Frage, ob v. Oldenburg zu der Zeit, als er mit einem ostpreußischen Gut in das Sicherungsverfahren ging, in der Mark ein neues Gut erworben hat.

Auffehen erregt hat weiter die Frage, ob es wahr sei, daß Gutsbesitzer mit Geldern der Osthilfe Autoreisen ins Ausland, an die französische Riviera, unternommen haben.

Die Reichstagsauflösung hat leider diese interessante Diskussion im Ausschuß vorläufig beendet. Die Vorgänge der letzten Wochen dürfen aber nicht eine Beendigung dieser Untersuchung herbeiführen, dürfen vor allem nicht die Regierung einer klaren und eindeutigen Antwort entheben. Die Arbeiter, die Steuerzahler, die Rentempfangler haben ein Recht darauf, zu wissen, woher die Gelder kamen, die eine sich national gebärende, in Wirklichkeit aber nur auf den eigenen Vorteil bedachte Kaste aus Reichsmitteln erhalten hat. Herr v. Oldenburg nennt diejenigen, die Licht in die skandalösen Osthilfevorgänge bringen wollen, Schweine. Wo sind die adeligen Herrschaften, wo die allein nationalen Männer, die gegen diese mißbräuchliche Ausnutzung öffentlicher Gelder energisch Front machen und dem so oft betonten Willen zu Sauberkeit und Ordnung in öffentlichen Angelegenheiten entsprechenden Nachdruck verleihen? Beschönigungen sammelt die Presse Hugenburgs, aber kein Wort des Abscheus und der Verurteilung!

Für diese Gesellschaft darf die Arbeiterschaft ihre Lohnsteuer, die Verteuerung ihrer Lebenshaltung durch hohe Verbrauchssteuern und -zölle zahlen, dürfen Handel und Verkehr schwere Belastungen ihrer friedlichen Gewerbearbeit tragen. Alles das wird von dieser Junkerkaste gelohnt durch dauernde Störungen des inneren Friedens und der Volkswohlfahrt.

Und diese Kaste beeinflusst maßgeblich die jetzige Regierung. Ihre Sehnsucht geht nach Alleinherrschaft, nach Beseitigung des Mitbestimmungsrechtes des Volkes. Was dabei herauskommt, beweisen die ersten Amtshandlungen der neuen Männer. „Uns die Macht, dem Volk den Maulkorb“, so lautet ihr Rezept. Wir fühlen alle, daß es jetzt um die Entscheidung geht, um Kopf und Kragen. Es sei denn! Der alte Kämpfergeist der Gewerkschaften soll wieder lebendig werden. Es gilt, die Reihen enger zu schließen und Front zu machen gegen Absichten und Ziele, die einer kleinen, aber einflußreichen und dabei anmaßend-anspruchsvollen Schicht Vorteile auf Kosten der Allgemeinheit verschaffen, dem Volk aber die Kostenrechnung dafür aufhassen und gleichzeitig jede freie Meinungsäußerung über widerfahrendes Unrecht unmöglich machen wollen.

Die drohende Gefahr muß jeden selbstbewußten Arbeiter mit leidenschaftlichem Kampfwillen erfüllen, muß jeden Unorganisierten in die Gewerkschaftsfront zwingen. Stärkt die Berufsverbände, erweckt und begeistert für den Gewerkschaftsgedanken! Die Gewerkschaften sind die letzte Abwehrbarrikade gegen Reaktion und soziales Unrecht. Nicht umsonst richtet sich der Hauptangriff der Reaktionäre gegen sie, denn sie verkörpern das soziale Bewußtsein der Zeit. Die Gewerkschaften allein sind der bestellte Anwalt des werktätigen Volkes, nur sie vermögen die Überheblichkeiten volksfremder Mächte und Schichten in die gebührenden Schranken zu verweisen und offenbarem Unrecht die Giftzähne auszubrechen. Wird hier etwas versäumt, dann triumphiert das Unrecht. Darum auf die Dämme!

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Für die Zeit vom 12. bis 18. Februar ist der 7. Wochenbeitrag fällig.

## Rundschau.

„Provinzlöhne“ im Holzgewerbe. Die Sendegesellschaften des deutschen Rundfunks gestatten — gegen entsprechende Bezahlung natürlich — Privatfirmen, den Rundfunk zu Werbezwecken zu benutzen. Es ist nicht alles, was bei diesem Werbedienst dem Hörerkreis vorgelesen wird, durch die Schule des guten Geschmacks gegangen. Aber über den Geschmack läßt sich bekanntlich streiten.

Verliest da vor einiger Zeit der Ansager im Kölner Sender während der Werbeveranstaltung einen Reklametext für eine Möbelfabrik, der an Geschmacklosigkeit nichts zu wünschen übrigläßt. Diese Firma begründet die besondere Billigkeit ihrer Waren mit den bei ihr bezahlten „niedrigen Provinzlöhnen“, um sich dann, im Text weiterfahrend, mit ihrem angesehenen Kundenkreis dick zu tun. Wie angesehen sie sei, „das beweist die Tatsache, daß wir auch die Zeppelinwerft in Friedrichshafen beliefern und sogar Seine Exzellenz den Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg zu unsern Kunden zählt“. Reichspräsident von Hindenburg als Reklamefigur, höher geht's nimmer!

Übereifer, der sich hier in wenig geschmackvoller Weise der Person des Reichspräsidenten bedient, schadet nur. Wir hoffen, das ein p. p. Hörerpublikum durch entsprechendes Verhalten solcher Firmen begreiflich macht, daß Übertreibungen in der Reklame das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung zeitigen. Insbesondere dann, wenn die Käufer darüber aufgeklärt werden, daß die Leistungsfähigkeit derartiger Firmen zu einem großen Teil durch brutalksten Lohndruck begründet ist, der zu einer Verelendung der Holzarbeiter führen muß.

## Berichte aus den Zahlstellen.

M. Gladbach. Am 2. Februar starb unser langjähriger Kassierer Hermann Lange im Alter von 57 Jahren. Der Verstorbene war ein echter Gewerkschaftler, dem die Arbeit in seiner Organisation zur Lebensaufgabe geworden war. Fast seit Gründung der Zahlstelle war er mit kurzer Unterbrechung Kassierer und daneben auch noch Vertrauensmann. Bei dieser für den Verband und für die Kollegen geleisteten Arbeit fand er volles Verständnis und Unterstützung bei seiner Frau. Als Hermann Lange zum Heeresdienst eingezogen wurde und mit ihm noch viele andere, da übernahm seine Frau die Kassengeschäfte und führte diese mustergültig bis zu seiner Rückkehr. Immer, wenn es galt, für die Interessen der Arbeiterschaft einzutreten, war Hermann Lange zur Stelle. Sein Wirken war still. Er strebte nicht nach äußeren Ehren und lörmender Anerkennung, sondern so uneigennützig wie er persönlich war, war auch seine für die Gemeinschaft geleistete Arbeit. Er war ein gerader, offener Charakter, ein Mann, treu seinen Idealen und von unbegingter Gerechtigkeit erfüllt. Darin wurzelte sein Streben im Dienste der Kollegenschaft. Immer war er darauf bedacht, das Beste für die Zahlstelle zu erreichen.

Nun ist Hermann Lange von uns gegangen. An seinem Grabe trauert seine Familie, trauern alle Kollegen und Freunde. Feinde hatte er nicht. Möge Gott ihm seine selbstlose Arbeit, die er im Dienste der Arbeiterbewegung geleistet hat, vergelten. Er ruhe in Frieden!

Zwiesel. Ein Ereignis war für uns die am 8. Januar stattgefundene Bezirkstagung der katholischen Vereine, weil diese Tagung in den Mittelpunkt ihrer Beratungen das Thema stellte: „Der Kampf um die Freiheit der christlich-nationalen Arbeiterbewegung.“ Es versteht sich von selbst, daß alle hier vertretenen Berufsverbände sich an der Tagung beteiligten. Vorträge hielten Reichstagsabgeordnete Helmerich und Schwarzer sowie Kollege Krehle, München. Die Redner trafen mit ihren Darlegungen besonders gut die Einstellung der Versammlung, wie die Aussprache bewiesen hat, und der Werbeerfolg der Tagung wird eine weitere Stärkung der Berufsverbände im Gefolge haben.

In Anschluß an diese Tagung veranstalteten die Holzarbeiter eine Sonderbesprechung, an der auch Kollege Kresse, München, teilnahm.

Als weiteren Gast konnten wir einen Kollegen aus der kürzlich gegründeten Zahlstelle Oberfrauenau begrüßen. Die Sonderbesprechung befaßte sich mit Verbandsangelegenheiten. Mehrere Neuaufnahmen in jüngster Zeit beweisen, daß wir trotz der wenig beneidenswerten Lage immer noch gewerkschaftlichen Mut besitzen und hoffen dürfen, daß unsere Arbeit unter der zielbewußten Führung des Kollegen Kresse von Erfolg gekrönt wird. J. C.

**Kaufbeuren.** Der Besuch und der Verlauf unserer Generalversammlung waren ausgezeichnet. So kann mit einem Vormarsch unseres Verbandes auch im neuen Jahre gerechnet werden. Nach den üblichen Berichten wurde unter Leitung des Bezirksleiters, Kollegen Kronthaler, die Neuwahl vollzogen. Die engere Vorstanderschaft wurde ganz neu zusammengefaßt, und zwar mit dem Kollegen Schmalz sen. als Vorsitzenden, Josef Müller als Kassierer und Schmalz jun. als Schriftführer.

Nach einem Dankeswort an sämtliche Kollegen für die Treue im abgelaufenen Jahre und der Aufforderung zur restlosen Pflichterfüllung im Jahre 1933 gab der Bezirksleiter ein anschauliches Bild über das abgelaufene Jahr und über die Aufgaben der nächsten Wochen und Monate. Auch der Kartellvorsitzende Höbel forderte mit eindringlichen Worten zur tapferen Zusammenarbeit auf. Von den sämtlichen Kollegen wurden die Zeichen der Zeit verstanden. Einmütig wollen die Kollegen zusammenstehen und auch in Kaufbeuren die Mitgliederzahl im Verbands vorwärtsbringen. Um auch in der Kasse wieder restlos Ordnung schaffen zu können, wurde einstimmig beschlossen, sämtliche Beiträge um 5 Pfennig pro Woche zu erhöhen, also auch die Erwerbslosen- und Lehrlingsbeiträge.

Zum Schluß der Versammlung wurde unser Kollege Kreuter mit der Silbernadel und Ehrendiplom für 25jährige Tätigkeit im Verbands ausgezeichnet. Herzliche Worte fand unser Bezirksleiter, als er die unermüdete Tätigkeit des Kollegen Kreuter, sein pflichtbewußtes und opferbereites Verhalten schilderte und ihn als ein Vorbild für unsere Bewegung hinstellte. Kollege Kreuter, der durch einen Betriebsunfall 100 % invalid ist, dankte mit bewegten Worten für die ihm zuteil gewordene Ehrung und versprach, trotz seines heutigen Zustandes, dem Verbands bis zu seinem letzten Atemzuge die Treue zu bewahren und soweit es noch in seinen Kräften steht, mithelfen zu wollen zu einem neuen Erstarken der Zahlstelle Kaufbeuren. Innerliche Wärme empfanden alle Mitglieder bei diesem Schlußakt. Man versprach sich beim Auseinandergehen, in den nächsten Tagen und Wochen alles daranzusetzen, um die Zahlstelle Kaufbeuren nach innen und außen wieder zu stärken und zu neuer Blüte zu führen.

**Passau.** Zu der diesjährigen Generalversammlung hatte sich trotz der schlechtesten Wirtschaftslage doch eine ansehnliche Anzahl Mitglieder eingefunden. Der Vorsitzende, Kollege Seibold, hieß die Mitglieder willkommen und begrüßte vor allem den Gauleiter Kresse, München, der es sich nicht hatte nehmen lassen, zu der Generalversammlung zu erscheinen.

Der Schriftführer, Kollege Heilmeyer, verlas dann das Protokoll der letzten Generalversammlung und anschließend den Jahresbericht vom Jahre 1932. Leider ist der Wunsch der letzten Generalversammlung, daß das Jahr 1932 eine Besserung der Verhältnisse bringen möge, nicht in Erfüllung gegangen. Sodann erstattete der Kassierer, Kollege Fiedler, den Kassenbericht. Dem Bericht war zu entnehmen, daß die Zahlstelle Passau im letzten Jahr immer noch einen größeren Überschuß als Ausgaben hatte. Die Kasse war von den Revisoren in bester Ordnung befunden worden, und so wurde dem Kassierer Entlastung erteilt.

Gauleiter Kresse, München, der mit der Leitung der Neuwahl des Vorstandes beauftragt wurde, dankte zuerst der alten Vorstanderschaft für die geleistete Arbeit und hob hervor, daß gerade in schwierigen Zeiten die Arbeiten doppelt schwer seien. Auch dankte er allen Mitgliedern, die trotz der schweren Zeit treu zur Fahne standen, und sprach den Wunsch aus, daß es im neuen Jahr so bleiben möge. Die Neuwahl ging dann schnell vor sich, da ein Kollege nicht ohne Humor meinte, man brauche nicht alle Neuerungen der Zeit mitzumachen und eine Regierung nach der anderen zu stürzen, sondern schlug vor, die alte bewährte Vorstanderschaft im Amte zu belassen. Dem wurde allgemein zugestimmt, und somit war die Wahl erledigt.

Gauleiter Kresse, München, ergriff dann das Wort zu einem längeren Referat: Die Gewerkschaften in heutiger Zeit! Er wies nach, daß gerade in ernster Zeit die Gewerkschaften die höchsten Aufgaben zu erfüllen haben. Die Reihen müssen heute mehr denn je

stark und geschlossen sein, um den Arbeitern einen wenigstens einigermaßen auskömmlichen Lohn zu erhalten. Es kommen jetzt auch schon andere Kreise, die früher immer von hohen Arbeiterlöhnen gesprochen und geschrieben haben, zu der Einsicht, daß, wenn der Arbeiter wieder Arbeit und mehr Verdienst hätte, auch die Wirtschaft wieder besser in Schwung käme. Diese Ansicht ist von den Gewerkschaften schon immer vertreten worden. Die deutsche Wirtschaft kann nur gehoben werden, wenn die Kaufkraft des Binnenmarktes wieder gestärkt wird. Früher galt das Sprichwort: Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt. Heute, wo Deutschland ein Industrieland ist, muß es heißen: Hat der Arbeiter Geld, hat's die ganze Welt. Sobald dies mal wieder der Fall sein wird, hat auch die Wirtschaftsnot ein Ende. Lebhafter Beifall bezeugte dem Redner Zustimmung. Es schloß sich dann noch eine rege Aussprache an, die zeigte, daß die Mitglieder den Gewerkschaftsgedanken noch hoch halten und treu zur Fahne stehen. Mit dem Appell, auch im neuen Jahre in dem Geiste weiter und vorwärts zu arbeiten, schloß Vorsitzender Kollege Seibold die schön verlaufene Versammlung.

**Kleinweiler-Hofen.** Gegenüber dem guten Verlauf der Versammlungen in den anderen Zahlstellen unseres Bezirks wollten auch wir in Kleinweiler-Hofen nicht zurückstehen. Der Besuch sowie der zur Versammlung mitgebrachte Gewerkschaftsgeist waren sehr gut. Nach Bekanntgabe des Jahres- und Kassenberichtes gab Kollege Fleisch als Kassenprüfer seinen Bericht, welcher dem Kassierer Kollegen Möslang die wohlverdiente Anerkennung für die muster-gültige Ordnung in der Kasse aussprach.

Bevor zur Neuwahl geschritten wurde, ergriff unser Bezirksleiter das Wort und dankte allen Mitgliedern für ihre treue Mitarbeit im Verbands, insbesondere der Vorstanderschaft und den tapferen Vertrauensleuten für ihre Tätigkeit. Die Neuwahl legte Zeugnis ab von der in der Zahlstelle herrschenden Einmütigkeit. Einmütig wurden gewählt als erster Vorsitzender Kollege Lang, als Stellvertreter Kollegin Eggensberger, als Kassierer Möslang, als Schriftführer Fleisch und Zobel, als Vertrauensmann Josef Eggensberger. Kollege Lang als neugewählter Vorsitzender nahm sofort nach dem Wahlakt das Wort, dankte für das entgegengebrachte Vertrauen und bat sämtliche Kolleginnen und Kollegen um vertrauensvolle Mitarbeit und um verständnisvolle Unterstützung. Das wurde von der ganzen Versammlung freudigst zugesagt.

Unser Bezirksleiter wünschte der neugewählten Vorstanderschaft Glück und bat, als Richtschnur in der Führung der Zahlstelle Pflichtbewußtsein und Opfergeist gelten zu lassen. Dann werde es wieder vorwärtsgehen. Der Referent ging dann auf die innen- und außenpolitische Lage unseres deutschen Vaterlandes ein und streifte dabei eine ganze Reihe Fragen, an deren Regelung wir stark interessiert sind. Zur Einstellung der christlichen Gewerkschaften zur Regierung sagte der Kollege Kronthaler, daß wir nur jene Regierungen unterstützen, die sich als sozial, volksverbunden und gewerkschaftsbejahend, nicht nur mit großen Worten bezeichnen, sondern vor allen Dingen entsprechend handeln. Das Referat wurde mit großem Beifall aufgenommen und wird den Auftakt für eifrige Gewerkschaftsarbeit in den kommenden Wochen bilden.

**Senden.** Am Sonntag, den 15. dieses Monats, hielt die Zahlstelle ihre ordentliche Generalversammlung. Im Vordergrund der Beratungen stand Bericht und historischer Rückblick über das verfloßene Verbandsjahr in unserer Zahlstelle. Es folgten dann Neuwahlen, die keine Überraschungen zeitigten. Leider hat auch die Krise vor unserer Zahlstelle nicht haltgemacht. Die meisten unserer Kollegen liegen auf der Straße. Kollege Kronthaler erfreute uns mit einem ausführlichen Referat. „Was haben wir Gewerkschaftler zu tun, um unser Interesse wahren zu können.“ Trotz der heutigen schweren Zeit herrschte große Begeisterung in der Versammlung, welche mit dem Gelöbnis endete: in Treue fest zu unserem Führer und zu unserer Gewerkschaftsbewegung zu stehen. Und wenn die Stürme noch so stark gegen uns toben, wir werden die Reihen um uns dichter schließen.

## Intarsien aller Art

Katalog gegen 50 Pfg. in Briefmarken.  
E. Biller, Heidelberg, Theaterstraße 711

Anzeigenpreis für die viergep. Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellengeuche und Angebote sowie Anzeigen der Zahlstellen folgen die Hälfte. Redaktion und Verlag befinden sich Köln, Belloer Wall 9. Telefonruf West 5 15 46. — Redaktionsschluß für Samstag-Mittag.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von M. 1.— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbestellung. Gelbdruckungen nur Postcheckkonto 7118 Köln.